

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	III
Abkürzungsverzeichnis	XI
Literaturverzeichnis	XV
Erster Teil: Grundlagen zur Beweislast und den Europäischen Richtlinien	1
I. Überblick	1
II. Grundlagen zur Beweislast	2
A. Behauptungs- und Beweislast	2
B. Bedeutung der Beweislastverteilung	5
C. Prinzip der Beweislastverteilung	6
D. Beweiserleichterungen	7
1. Vermutungsregeln	8
2. Beweismaß(-reduzierung)	10
E. Rechtsnatur der Beweislastnormen	13
F. Beweislast und Auslandsbezug	14
III. Europäische Richtlinien	15
A. Grundsätze	15
B. Umsetzungsverpflichtung	16
1. Grundsätze	16
2. Auswirkung des Harmonisierungsgrades der Richtlinie auf die nationale Umsetzung	18
a) Zweck und Zielrichtung der Mindestharmonisierung	18
b) Überschießende Umsetzung von Mindestharmonisierungsrichtlinien ...	19
c) Zweck und Zielrichtung von Vollharmonisierungsrichtlinien	20
d) Überschießende Umsetzung von Vollharmonisierungsrichtlinien	21
e) Konsequenzen für das nationale Recht	21
C. Verpflichtung zur richtlinienkonformen Interpretation	22
1. Grundsätze der unionsrechtlichen Verpflichtung zur richtlinienkonformen Auslegung	22
2. Ausmaß und Grenzen der richtlinienkonformen Interpretation	24
D. Die richtlinienkonforme Auslegung im nationalen und unionsrechtlichen System	26
1. Methodenrechtliche Vorüberlegungen	26
2. Anwendung der richtlinienkonformen Auslegung im nationalen System ...	27
3. Auslegung der Richtlinie	30
E. Verpflichtende richtlinienkonforme Auslegung im überschießend umgesetzten nationalen Bereich?	32
1. Einheitliche oder gesplante Auslegung?	33
2. Verpflichtung zur Vorlage im Vorabentscheidungsverfahren?	36
F. Verpflichtungen der Mitgliedstaaten vor Ablauf der Umsetzungsfrist	37
G. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	38

Zweiter Teil: Die Verbrauchsgüterkauf-RL, ihre Umsetzung und (richtlinienkonforme) Auslegung mit Fokus auf die Vermutungsregel	41
IV. Die Verbrauchsgüterkauf-RL und Judikatur des EuGH zu Art 5 Abs 3 im Überblick	41
A. Ziele und wesentliche Inhalte der Verbrauchsgüterkauf-RL	42
B. Anwendungsbereich der Verbrauchsgüterkauf-RL	43
C. Die Vertragswidrigkeit nach der Verbrauchsgüterkauf-RL	43
D. Die Beweislastverteilung nach der Verbrauchsgüterkauf-RL	45
E. Die Judikatur des EuGH zu Art 5 Abs 3 der Verbrauchsgüterkauf-RL	47
V. Umsetzung der Verbrauchsgüterkauf-RL in das nationale Recht und Grundsätze zur Beweislast nach § 924 ABGB	50
A. Entstehung des Gewährleistungsrechtsänderungsgesetzes	50
B. Ziel und Zweck des Gewährleistungsrechtsänderungsgesetzes	52
C. Die überschießende Umsetzung der Verbrauchsgüterkauf-RL im österreichischen Gewährleistungsrecht	53
D. Die Vertragswidrigkeit (Art 2) der Verbrauchsgüterkauf-RL im österreichischen Recht	54
1. Umsetzung in den §§ 922 und 923 ABGB	54
2. Grundsätze zur Behauptungs- und Beweislastverteilung für das Vorliegen einer Mangelhaftigkeit	56
E. Die Vermutungsregel (Art 5 Abs 3) der Verbrauchsgüterkauf-RL im österreichischen Recht	57
1. Überschießende Umsetzung in § 924 ABGB	57
2. Zweck der nationalen Beweislastumkehr	59
3. Grundsätze der Behauptungs- und Beweislastverteilung für § 924 ABGB	61
F. Die Umsetzung des Art 5 Abs 3 der Verbrauchsgüterkauf-RL in Deutschland und bestehende Probleme bei der Auslegung des § 477 BGB	63
1. Umsetzung des Art 5 Abs 3 der Verbrauchsgüterkauf-RL und die Besonderheiten für den Anwendungsbereich des § 477 BGB	63
2. Die Judikatur des BGH und die Lehre zu § 477 BGB	66
a) Umstrittene Auslegung	66
b) Judikaturwende des BGH nach der Rs Faber	68
VI. Richtlinienkonforme Auslegung des § 924 ABGB und damit verbundene Probleme für den überschießend umgesetzten Anwendungsbereich	70
A. Auslegung der für die Anwendung des § 924 ABGB einschlägigen Begriffe	70
1. Verbraucherbegriff	71
2. Vertragswidrigkeit und Mangelhaftigkeit	72
3. Lieferung und Übergabe	73
B. § 924 ABGB im Anwendungsbereich der Verbrauchsgüterkauf-RL	73
C. Auslegung des § 924 ABGB außerhalb des Anwendungsbereichs der Verbrauchsgüterkauf-RL	73
1. Allgemeine Kriterien	75
2. Außerhalb der Verbrauchsgüterkauf-RL liegender persönlicher Anwendungsbereich	77
3. Außerhalb der Verbrauchsgüterkauf-RL liegender sachlicher Anwendungsbereich	80
a) Die Vermutungsregel beim Werkvertrag	80
aa) Allgemeines	80
bb) Überblick zur relevanten Judikatur und kritische Würdigung	82
cc) Prüfung der Anwendung des § 924 ABGB bei Werkverträgen	85
dd) Zusammenfassung	102
b) Die Vermutungsregel beim Bestand- und Leasingvertrag	104
aa) Bestandvertrag	104

bb) Leasingvertrag	109
cc) Conclusio	112
c) Die Vermutungsregel beim Pauschalreisevertrag?	112
d) Die Vermutungsregel bei unkörperlichen Sachen	114
e) Die Vermutungsregel bei unbeweglichen Sachen	115
4. Conclusio	117
Dritter Teil: Die Vermutungsregel des § 924 ABGB	119
VII. Das Vorliegen eines Mangels und der dafür maßgebende Zeitpunkt	119
A. Maßgebender Zeitpunkt im Gewährleistungsrecht	119
B. Vorliegen des Mangels	120
1. Allgemeines	120
2. Sach- und Rechtsmangel	121
a) Rechtsmängel im Gewährleistungsrecht	121
b) Untersuchung der Anwendbarkeit des § 924 Satz 2 ABGB für Rechtsmängel	123
c) Unterschiede für den Beginn der Vermutungsfrist nach § 924 Satz 2 und der Verjährungsfrist nach § 933 ABGB für Rechtsmängel	127
d) Fazit	129
3. Qualitäts-, Quantitätsmangel und Aliud	129
4. Anlage- und Weiterfressermangel	133
5. Mangel- und Mangelfolgeschaden	136
C. Übergabe iSd § 924 Satz 1 und Satz 2 ABGB	137
1. Allgemeines	137
2. Tatsächliche Übergabe und Gefahrenübergang	139
a) Annahmeverzug	139
aa) Grundsätze zum Annahmeverzug und der Vermutungsregel	139
bb) Kritische Auseinandersetzung mit den maßgeblichen Zeitpunkten für § 924 Satz 1 und Satz 2 ABGB beim Annahmeverzug	140
cc) Beweislastverteilung	143
b) Versendungskauf und Werklieferungsvertrag	146
aa) Gefahrtragung beim Versendungskauf und Werklieferungsvertrag ..	146
bb) Maßgebliche Zeitpunkte für § 924 Satz 1 und Satz 2 ABGB beim Versendungskauf und Werklieferungsvertrag	147
D. Zusammenfassung der Ergebnisse	149
VIII. Die Vermutungsregel des § 924 Satz 2 ABGB und ihr Pendant in Art 8 Abs 3 des Entwurfes der Warenhandel-RL	150
A. Die Vermutungsregel des § 924 Satz 2 ABGB	150
1. Inhalt, Umfang und Reichweite der Vermutung	151
a) Kritische Darstellung des Meinungsstandes in der Lehre	151
b) Kritische Darstellung der relevanten Judikatur	153
c) Stellungnahme	157
2. Hervorkommen und Geltendmachung des Mangels	159
3. Berechnung der Vermutungsfrist	162
B. Die Vermutungsregel im Entwurf der Richtlinie über bestimmte vertrags- rechtliche Aspekte des Warenhandels (Warenhandel-RL)	163
C. Angemessenheit der Länge der Vermutungsfrist	165
1. Zweck der Länge und die damit verbundenen Problemstellungen	165
2. Conclusio	170
D. Zusammenfassung der Ergebnisse zur Vermutungsregel des § 924 Satz 2 ABGB und Art 8 Abs 3 des Entwurfes der Warenhandel-RL	170
IX. Ausschluss der Vermutung nach § 924 Satz 3 ABGB	171
A. Allgemeines zu § 924 Satz 3 ABGB	172

B. Relevante Judikatur zu § 924 Satz 3 ABGB	173
C. Die „Unvereinbarkeit“ mit der Vermutungsregel nach § 924 Satz 3 ABGB	175
1. Exkurs zu den Beweisanforderungen der Ausnahme von der Vermutung in Deutschland	176
2. Risikorechnung als Konzept des § 924 Satz 3 ABGB	178
3. (Beweis-)Anforderungen für die Unvereinbarkeit des Mangels nach der Art der Sache oder der Art des Mangels	179
D. Unvereinbarkeit mit der Art der Sache	184
1. Gebrauchte Sachen	184
a) „Gebrauchte“ Sachen vs „neue“ Sachen	185
b) Bestehende Judikatur zu gebrauchten Sachen	187
c) Stellungnahme	190
2. Verderbliche, kurzlebige und minderwertige Sachen	192
a) Problemstellung	192
b) Meinungsstand in Österreich und Deutschland	193
c) Stellungnahme	195
aa) Kritische Auseinandersetzung mit dem Gesetzeszweck	195
bb) Überprüfung der analogen Anwendung des § 924 Satz 2 ABGB für verderbliche, kurzlebige oder minderwertige Sachen	196
cc) Eigener Lösungsansatz	197
3. Quantitätsmängel und Aliud	199
4. Fazit	199
E. Unvereinbarkeit mit der Art des Mangels	200
1. Gebraucherscheinungen	200
2. (Offenkundige) Fehlbehandlung	201
3. Rechtsmängel	205
4. Fazit	205
F. Tiermängel	206
1. Verhältnis zwischen § 924 und § 925 ABGB	206
2. Spezialfall Verbrauchergeschäft	208
3. Anwendung des § 924 ABGB außerhalb des Anwendungsbereich des § 925 ABGB	209
4. Fazit	211
G. Spezialfall Unternehmenskauf?	212
1. Problemstellung	212
2. Unternehmens- und Anteilskauf und die Relevanz ihrer Unterscheidung für die Gewährleistung	213
3. „Unternehmensmangel“	215
4. Anwendung von § 924 Satz 2 oder Satz 3 ABGB?	219
5. Fazit	222
H. Zusammenfassung der relevanten Voraussetzungen und Beweisanforderungen für § 924 Satz 3 ABGB	223
Vierter Teil: Besondere Probleme der Vermutungsregel	225
X. Ausgewählte Probleme im Zusammenhang mit § 924 ABGB	225
A. Schadenersatz statt Gewährleistung: § 924 im Verhältnis zu § 933 a und § 1298 ABGB	225
1. Grundlagen und Problemstellung	225
2. Überblick zur bestehenden Diskussion für die Anwendung der Vermutungsregel bei Mangel- und Mangelfolgeschäden	228
3. Kritische Würdigung	230
4. Fazit	232

B. Die Vermutungsregel beim Rückgriffsrecht des § 933 b ABGB und im Verhältnis zur Rügeobliegenheitspflicht nach § 377 UGB	232
1. Die Vermutungsregel beim Rückgriffsrecht des § 933 b ABGB	232
2. Die Vermutungsregel und ihr Verhältnis zu § 377 UGB	237
3. Conclusio	239
Fünfter Teil: Die Beweislast nach Ablauf der Vermutungsfrist und Besonderheiten der Beweislast bei den Gewährleistungsbefehlen	241
XI. Beweislast nach Ablauf des Anwendungszeitraumes für § 924 ABGB	241
A. Die Verteilung der Beweislast	241
B. Abweichungen für die Beweisforderungen?	242
C. Fazit	247
XII. Die Beweislast in Zusammenhang mit der Geltendmachung der konkreten Gewährleistungsbefehle	247
A. Grundsätze	247
B. Meinungsstand zur Beweislast für § 932 ABGB	248
1. Allgemeines	248
2. Besondere Fragen nach erfolgter Verbesserung der Sache	250
C. Beweislast für einen Mangel nach Austausch oder erfolgter Verbesserung	253
1. Vermutungsregel nach § 924 ABGB für Mängel nach dem Austausch der Sache	253
2. Vermutungsregel nach § 924 ABGB für nach der Verbesserung auftretende Mängel	254
a) Hervorkommende Mängel im Anwendungszeitraum der ursprünglichen Vermutungsfrist	254
b) Keine neue Vermutungsfrist für alle hervorkommenden Mängel nach der Verbesserung	254
c) Neue Vermutung für nach der Verbesserung wiederkehrende und neue Mängel	256
D. Ergebnis	258
Sechster Teil: Kurze Einschätzung der Beweislastverteilung nach dem Entwurf einer Richtlinie über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte (DI-RL)	261
XIII. Der Entwurf einer Richtlinie über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte (DI-RL)	261
A. Eckpunkte des Entwurfs der DI-RL	261
B. Auseinandersetzung mit der Beweislast nach dem DI-RL-Entwurf	263
1. Die Beweislast und der dafür maßgebende Zeitpunkt	263
a) Art 9 Abs 1	263
b) Art 9 Abs 2 und Abs 3	266
c) Ergebnis	267
2. Rechtfertigung der fehlenden Befristung der Beweislastumkehr?	268
3. Umsetzung im nationalen Recht	269
C. Conclusio	270
XIV. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	271
Judikaturverzeichnis	275
Österreichische Judikatur	275
Deutsche Judikatur	281
Judikatur des EuGH	282
Stichwortverzeichnis	285